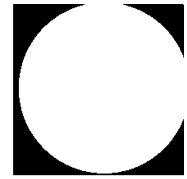


**D** **V**  
**P** **W**



DVPW c/o Freie Universität Berlin, Ihnestr. 26, D-14195 Berlin

Ministerium für Schule und Bildung  
Staatssekretär Matthias Richter  
Völklinger Str. 49  
40221 Düsseldorf

Berlin, 2. April 2020

**Kernlehrpläne (KLP) für die Haupt-, Real-, Gesamt- und Sekundarschule  
Verbändebeteiligung gem. § 77 Abs. 3 SchulG, NRW  
Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft  
KLP-Realschule (Politik), KLP-Gesamtschule/Sekundarschule (Gesellschaftslehre,  
Abschnitt B, Wirtschaft-Politik)**

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

wir bedauern sehr, dass es trotz der derzeit erheblichen Einschränkungen der Verbandsarbeit aufgrund der COVID19-Pandemie nicht zur Verlängerung der Bearbeitungsfrist im Rahmen der Verbändebeteiligung nach § 77 Abs. 3 SchulG gekommen ist, die wir mit unserem Schreiben vom 25. März 2020 beantragt hatten. Zum obigen Verfahren nehmen wir fristwahrend wie folgt Stellung.

Die DVPW begrüßt grundsätzlich, dass die **Funktion von politischer Bildung in der Schule** durch die vorgelegten Lehrplanentwürfe insgesamt aufgewertet wird, indem ihr eine bedeutende Stellung als fächerübergreifendes Prinzip eingeräumt wird (s. Präambeln zu den Kernlehrplänen). Wir befürworten in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass auch für die Schulform Realschule die schulinterne Option eines integrativen Fachformates Wirtschaft-Politik offengehalten wird, sodass das Fach Wirtschaft nicht obligatorisch wird. Wir begrüßen entsprechend die in den vorgelegten Lehrplanentwürfen **weitgehende Beibehaltung eines sozialwissenschaftlich integrativen Ansatzes** politischer Bildung, die sich auf die drei Anteildisziplinen Politikwissenschaft, Ökonomie und Soziologie stützt. Zeitgemäße politische Bildung ist ohne eine Verbindung von disziplinären Perspektiven nicht denkbar. Wir grenzen uns gegen das Konkurrenzieren spezieller fachlicher Perspektiven ausdrücklich ab.

**Deutsche Vereinigung  
für Politikwissenschaft**

Postanschrift  
c/o Freie Universität Berlin  
Ihnestraße 26  
D-14195 Berlin

Telefon 030.838.68874  
Telefax 030.838.468874  
E-Mail: buero@dvpw.de  
Internet: www.dvpw.de

Geschäftsführung  
Dr. Vera van Hüllen

UniCredit Bank AG  
Konto 626 417 612  
BLZ 200 300 00  
IBAN: DE74 2003 0000 0626 4176 12  
BIC: HYVEDEMM300

**Vorstand**

Prof. Dr. Armin Schäfer, Münster  
(Vorsitzender)  
Prof. Dr. Miriam Hartlapp, Berlin  
(Stellvertretung)  
Prof. Dr. Tanja Klenk, Hamburg  
(Stellvertretung)  
Prof. Dr. Marc Debus, Mannheim  
Prof. Dr. Thorsten Faas, Berlin  
Prof. Dr. Eva Heidbreder, Magdeburg  
PD Dr. Franziska Martinsen, Hannover  
Prof. Dr. Gert Pickel, Leipzig  
Prof. Dr. Claudia Ritz, Trier  
Prof. Dr. Laura Seelkopf, München  
Prof. Antje Wiener, PhD, Hamburg

Wir positionieren uns entsprechend gegen eine **Verankerung eines separaten Schulfaches Wirtschaft in allgemeinbildenden Schulen** und gegen die **Privilegierung spezifischer ökonomischer Lehrinhalte und Perspektiven** zulasten der politischen Bildung, auch in den nun vorliegenden Lehrplanentwürfen. Wir fordern in diesem Zusammenhang eine sozialwissenschaftsorientierte ökonomische Bildung in der Schule, die an plurale Sichtweisen vom Wirtschaften und von Wirtschaftsordnungen anschließt und nicht die deutsche Variante der „Sozialen Marktwirtschaft“ als einzig mögliches „Konzept“ einer Wirtschaftsordnung präsentiert (KLP GES/SEK/GL, S. 7). Diese einseitige Lesart kann aus unserer Sicht als Verstoß gegen die Qualitätskriterien des Beutelsbacher Konsenses eingeschätzt werden. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere frühere Erklärung, mit der wir uns in dieser Frage bereits klar positioniert haben (s. Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) zur Politischen Bildung vom 21. März 2017).

Wir sind irritiert über den Mangel an fachlich einschlägig ausgebildeten Lehrpersonen, vor allem auch in den nicht-gymnasialen Schulformen in Nordrhein-Westfalen, und mahnen an, dass **die Unterrichtsfächer der Fächergruppe stets durch Fachlehrer\*innen unterrichtet werden**. Der derzeitige Zustand in Nordrhein-Westfalen steht im Widerspruch zu den in den vorgelegten Lehrplanentwürfen formulierten Gestaltungspflichten von Lehrpersonen. Diese müssen eine in einem einschlägigen Hochschulstudium erworbene Lehrbefähigung nachweisen können. Der für Nordrhein-Westfalen zuletzt dokumentierte Anteil von bis zu 91,4% fachfremden Unterrichts in nicht-gymnasialen Schulformen ist unhaltbar (Schulstatistik NRW 2018/19, Kapitel 4.7, S. 132ff.). Auch hierin könnte eine Ursache für die immensen schulformenbedingten Kompetenzasymmetrien zwischen den Schüler\*innen in der Sekundarstufe 1 liegen, die die internationale ICCS-Studie 2016/17 für Nordrhein-Westfalen nachgewiesen hat (Abs/Hahn-Laudenberg 2017).

Als politikwissenschaftlicher Fachverband setzen wir uns für eine hochwertige politikwissenschaftliche Ausbildung der Lehramtsstudierenden, im Verbund mit den Anteilsdisziplinen Soziologie und Ökonomie, ein. Wir gehen entsprechend davon aus, dass – bei allen Zeitverzügen der Wissenstransformation und des Transfers zwischen wissenschaftlichem Wissen und Bildungswissen – auch in den hier in Frage stehenden Schulformen auf einem **fachlich angemessenen Niveau politikwissenschaftlich fundiertes politisches Wissen vermittelt** wird. Eine fachlich und didaktisch zeitgemäße curriculare Rahmung der schulischen Angebote politischer Bildung ist unverzichtbare Grundlage des erfolgreichen demokratiebezogenen Kompetenzerwerbs von Schüler\*innen, der über eine traditionelle Staatsbürgerkunde hinausgeht.

Im Anhang wird für die einzelnen Lehrpläne, in denen nach unserem Verständnis ein größerer Anteil an politikwissenschaftlichem Wissen abgebildet wird (KLP

RS/Politik, KLP GES/SEK/GL, Abschnitt B, Wirtschaft-Politik), der Nachbesserungsbedarf adressiert, den wir bitten, in den Überarbeitungsprozessen der Lehrpläne zu berücksichtigen und diese nicht einfach in Kraft zu setzen. Wir konstatieren, dass Ihre eigenen Vorarbeiten zur Verbändebeteiligung, vor allem im Entwurf KLP GES/GL, anscheinend noch nicht vollständig abgeschlossen waren, da in dem vorliegenden Entwurf viele redaktionelle Mängel enthalten sind, die wir an dieser Stelle aus arbeitsökonomischen Gründen nicht im Einzelnen für Sie aufarbeiten können.

Dass Sie unserer Bitte nach einer Fristverlängerung für die Verbändebeteiligung nicht nachgekommen sind, motiviert uns, den anstehenden Prozess nun sehr engmaschig qualitätssichernd weiter nachzuverfolgen. Wir bitten Sie, uns den Erhalt dieses Schreibens zu bestätigen, sowie über den weiteren Verlauf und die berücksichtigten/nicht berücksichtigten Änderungsvorschläge zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Armin Schäfer

## Anhang 1: Modifikationen am Kernlehrplanentwurf Politik/Realschule

Seite	Formulierung im Lehrplanentwurf	Begründung	Formulierungsvorschlag
7	„Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, ihre Interessen in der heutigen <b>Wirtschaft, Politik und Gesellschaft</b> mündig zu vertreten, sachkundig zu urteilen und verantwortungsvoll sowie demokratisch zu handeln.“	Reihung im Fach Politik nicht angemessen	„Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, ihre Interessen in der heutigen <b>Politik, Wirtschaft und Gesellschaft</b> mündig zu vertreten, sachkundig zu urteilen und verantwortungsvoll sowie demokratisch zu handeln“
7	„Die Grundlagen <b>der politischen Bildung</b> sowie gesellschaftlicher Strukturen, Prozesse und Phänomene sind integrale Bestandteile des Faches Politik.“	Politische Bildung als „Bestandteil“ des Faches Politik macht so keinen Sinn.	Etwa: „Die <b>Grundlagen des politischen Systems</b> sowie gesellschaftlicher Strukturen, Prozesse und Phänomene <b>sind Gegenstände des Faches</b> Politik.“
12	„ <b>Sachkompetenz</b> bedeutet die vernetzende Anwendung von Kenntnissen über die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse, <b>damit gesellschaftliche Realität</b> sinnstiftend erschlossen und verstanden werden kann. Sie zeigt sich damit vor allem als Deutungs- und Orientierungsfähigkeit.“	Im KLP-Prozess wird die Betonung der Fachlichkeit adressiert: hier fehlt die Adressierung der basalen Fähigkeit einer <b>politischen</b> Fachtypik.	„ <b>Sachkompetenz</b> bedeutet die vernetzende Anwendung von Kenntnissen über die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse, damit <b>gesellschaftliche und politische</b> Realität sinnstiftend erschlossen und verstanden werden kann. Sie zeigt sich damit vor allem als Deutungs- und Orientierungsfähigkeit.“
12	„Dabei fließt das Finden eines eigenen <b>begründeten Standpunkts</b> ebenso ein wie ein verständigungsorientiertes Abwägen im Diskurs mit Anderen.“	Fähigkeit zur Kritik ist eine zentrale Facette der politischen Urteilsfähigkeit.	„Dabei fließt das Finden eines eigenen begründeten <b>kritischen</b> Standpunkts ebenso ein wie ein verständigungsorientiertes Abwägen im Diskurs mit Anderen.“
13	<b>Inhaltsfeld 1</b> „[...] Dabei werden grundlegende politische Handlungsoptionen sowie die Sicherung und Weiterentwicklung der verfassungsrechtlichen Ordnung betrachtet.“	Es geht in diesem Inhaltsfeld (s. Titel) um die Weiterentwicklung der gesamten Demokratie, nicht nur um Verfassungsordnung. Der Entwurf deutet eine altertümliche staatsbürgerkundliche Sichtweise von politischer Bildung an, die nicht überzeugend auf eine Befähigung zu politischer Partizipation orientiert ist (s. auch Deckung zu Kompetenzerwartungen). Der bisherige KLP nimmt dies in geeigneter Weise auf (KLP RS 2011, S. 14).	„ <b>Das Inhaltsfeld ist darauf ausgerichtet, für die Schülerinnen und Schüler Strukturen und Prozesse demokratischer Systeme erfahrbar und gestaltbar zu machen. Hierzu gehört es, ausgehend von der eigenen politischen Erfahrungswelt, die Prinzipien und Grundlagen des demokratischen Systems transparent zu machen. Im Sinne des Denkens in Alternativen ermöglicht das Inhaltsfeld, auch die Interessen und Motive des Andersdenkenden und -handelnden einzubeziehen.</b> “
14	<b>Inhaltsfeld 4: Soziale Sicherung in Deutschland</b> „Daraus ergeben sich Fragestellungen hinsichtlich der <b>Finanzierung und Ausgestaltung</b> des Sozialstaats, auch vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Sozialstruktur.“	Fachliche Klarheit: Die Finanzierung ist eine Funktion der politischen Entscheidungen über die Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems nicht umgekehrt.	„Daraus ergeben sich Fragestellungen hinsichtlich der <b>Ausgestaltung und Finanzierung</b> des Sozialstaats...“
14	<b>Inhaltsfeld 5: Die Europäische</b>	Fachliche Verengung: Die	„Chancen und Herausforderun-

	<p><b>Union als wirtschaftliche und politische Gemeinschaft</b></p> <p>„Ziel ist ein Grundverständnis von Strukturen und Prozessen politischer Entscheidungen auf europäischer Ebene sowie der Chancen und Herausforderungen eines <b>gemeinsamen Binnenmarktes und der Währungsunion</b> und deren Bedeutung sowohl für das Alltagsleben als auch für das soziale, ökonomische und politische Leben in Deutschland.</p>	<p>Reichweite der Politikgestaltung in der EU geht inzwischen weit über die hier benannten wirtschaftlichen Bereiche Binnenmarkt und WWU hinaus (s. z.B. Migrationspolitik, Handelspolitik, Umweltpolitik, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) und sollten i.S. eines besseren Verstehens der aktuellen EU und einer Schülerorientierung nicht auf diese begrenzt werden, auch i.S. einer Kongruenz mit der Bezeichnung des Inhaltsfeldes.</p>	<p>gen einer <b>gemeinsamen europäischen Politikgestaltung</b> und deren Bedeutung sowohl für das Alltagsleben als auch für das soziale, ökonomische und politische Leben in Deutschland.</p>
14	<p>„... Beurteilung der Bedeutung der Entwicklung einer europäischen <b>Identität als Legitimationsbasis des Einigungsprozesses.</b>“</p>	<p>Fachlicher Mangel: Eine gemeinsame Identität ist nicht vonnöten, um eine politische Union zu legitimieren.</p>	<p>„... Beurteilung der Bedeutung der Entwicklung einer europäischen <b>Öffentlichkeit</b> als Legitimationsbasis des <b>politischen</b> Einigungsprozesses.“</p>
14	<p><b>Inhaltsfeld 6</b></p> <p>„Dieses Inhaltsfeld thematisiert auf der Basis der <b>UN-Menschenrechtscharta</b> die grundlegenden Herausforderungen und Ziele nationaler und internationaler Friedens- und Sicherheitspolitik.“</p>	<p>Unklarheit, fachlicher Mangel: Soll hier tatsächlich die Charta der Menschenrechte von 1948 als Grundlage genommen werden, oder liegt evtl. eine Verwechslung mit der eigentlich sicherheitspolitisch relevanten Charta der VN aus dem Jahr 1945 vor?</p>	<p>Nach Klärung ggf. ersetzen: „Dieses Inhaltsfeld thematisiert auf der Basis der <b>UN-Charta</b> die grundlegenden Herausforderungen und Ziele nationaler und internationaler Friedens- und Sicherheitspolitik.“</p>
14	<p><b>Inhaltsfeld 6</b></p> <p>„ihre internationale <b>Eingebundenheit in UNO und NATO</b>“</p>	<p>Fachliche Verengung: Es kann davon ausgegangen werden, dass der EU/Europäischem Bilateralismus zukünftig eine noch größere sicherheitspolitische Rolle zukommt, daher muss es ergänzt werden.</p>	<p>„ihre internationale Eingebundenheit in UNO, EU und NATO“</p>
14	<p>„Darüber hinaus werden Ursachen und <b>Auswirkungen von Migrationsprozessen sowie deren Herausforderungen und Chancen behandelt.</b>“</p>	<p>Fachliche Verengung: Bekanntlich werden Migrationsprozesse auch durch den Klimawandel verursacht, dieser spielt bislang in der globalen Politikregimen eine wichtigere Rolle als Migration und ist daher lernwirksamer für das Verstehen internationaler/globaler Politikgestaltung.</p>	<p>„Darüber hinaus werden <b>Ursachen und Auswirkungen von Klimawandel und Migration sowie deren politische Gestaltbarkeit</b> behandelt.“</p>
21	<p>„erstellen Zukunftsentwürfe vor dem Hintergrund einer <b>nachhaltigen Entwicklung</b> (HK 5)“</p>	<p>Diese Kompetenzerwartung ist als Setzung unverbunden mit einer fachinhaltlichen Auseinandersetzung mit Umwelt/ Klima/ Nachhaltigkeit. Diese Gegenstände müssen zwingend irgendwo im KLP ergänzt werden.</p>	<p>s. Änderungsvorschlag für Inhaltsfeld 6 (S. 14) als Mindeststandard</p>
24	<p><b>Inhaltliche Schwerpunkte:</b></p> <p>„Europa als Idee und Wertegemeinschaft Institutionen der Europäischen Union Grundfreiheiten des EU-</p>	<p>Diese Obligatorik ist so nicht mehr zeitgemäß (s.o.) und sollte entsprechend angepasst werden.</p>	<p><b>Inhaltliche Schwerpunkte:</b></p> <p>„Geschichte der europäischen Einigung Politische Strukturen und Prozesse der Europäischen Union EU als Wirtschaftsraum</p>

	Binnenmarktes Grundzüge der Europäischen Währungsunion“		EU als politischer Gestaltungs- raum und als internationaler Ak- teur“
26	<b>Inhaltsfeld 6</b> Inhaltliche Schwerpunkte: „UN-Menschenrechtscharta Sicherheitspolitik und internati- onale Friedenssicherung: Bun- deswehr, NATO, UNO Migration“	Entsprechend der Anmerkung zu Seite 14: die inhaltliche Ausrich- tung muss so endlich abgeän- dert werden, um heutige globale Politikprozesse angemessen zu erfassen, s. Beispiel einer globa- len Pandemie als Sicherheitsbe- drohung, der sogenannte erwei- terte Sicherheitsbegriff muss überall Grundlage sein. Unklar, ob Menschenrechtscharta ge- meint ist.	Inhaltliche Schwerpunkte: „UN-Charta und internationale <b>Organisationen</b> EU, NATO, UNO <b>Sicherheitspolitik und internatio- nale Krisenbewältigung</b> <b>Klimawandel</b> <b>Migration“</b>
26	<b>Sachkompetenz</b> <b>Die Schülerinnen und Schüler</b> „erläutern Erscheinungsformen und Ursachen internationaler Konflikte, Krisen und Kriege, beschreiben Möglichkeiten und Grenzen der Friedenssicherung durch UNO, NATO, Bundeswehr und zivilgesellschaftliche Akteu- re, stellen verschiedene Formen der Migration dar.“  <b>Urteilskompetenz</b> <b>Die Schülerinnen und Schüler</b> „beurteilen den Stellenwert der UN-Menschenrechtscharta, beurteilen die Bedeutung einer internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik zur Abwehr aktueller Bedrohungslagen und zur Sicherung eines friedlichen Zusammenlebens, erörtern Ursachen, Chancen und Herausforderungen von Migrati- on.	s. oben Reihenfolgeproblem und Ände- rung der Problembeschreibung sowie der Gestaltungsebenen und -prozesse in internationalen Organisationen	<b>Sachkompetenz</b> <b>Die Schülerinnen und Schüler</b> „stellen verschiedene globale <b>Herausforderungen, Konflikte und</b> <b>Kriege, Klimawandel und Migrati-</b> <b>on dar,</b> erläutern Erscheinungsformen und Ursachen globaler Krisen, beschreiben Möglichkeiten und Grenzen der Krisenbewältigung durch internationale Organisatio- nen, erläutern die Rolle der Bundes- wehr sowie außenpolitischer und zivilgesellschaftlicher Akteure, auch auf globaler Ebene.“  <b>Urteilskompetenz</b> <b>Die Schülerinnen und Schüler</b> „beurteilen den Stellenwert <b>der</b> <b>UN ,</b> beurteilen die Bedeutung einer globalen Politik und einer interna- tionalen Sicherheitspolitik zur Abwehr aktueller Bedrohungsla- gen und zur Sicherung eines fried- lichen Zusammenlebens, erörtern Ursachen, Chancen und Herausforderungen von Globali- sierungsprozessen am Beispiel Klimawandel, Migration.“

**Anhang 2: Modifikationen am Kernlehrplanentwurf Gesellschaftslehre/ Gesamtschule, Abschnitt B  
Wirtschaft/Politik, fachspezifisch**

Seite	Formulierung im Lehrplanentwurf	Begründung	Formulierungsvorschlag
60	Reihung der Inhaltsfelder Inhaltsfeld 1 Wirtschaft Inhaltsfeld 2 Demokratie	In Demokratien bestimmt idealtypisch der Souverän über die Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung mit.	Reihung der Inhaltsfelder Inhaltsfeld 1 Demokratie Inhaltsfeld 2 Wirtschaft
60	„Die ökonomische und politische Mündigkeit ... „	Reihung nicht angemessen, s.o.	„Die <b>politische und ökonomische</b> Mündigkeit ...“
60	<b>Inhaltsfeld 1</b> „Vor diesem Hintergrund wird das <b>Bewusstwerden individueller Bedürfnisse im Spannungsfeld von Bedürfnisweckung und Konsumentensouveränität</b> gefördert.“	Inhaltsfeld 1 verzeichnet ein Sammelsurium von Perspektiven auf Wirtschaft und ist nicht klar gegen die Inhaltsfelder 3,6,8,11 abgrenzbar. Sollen hier tatsächlich Ordnungsfragen thematisiert werden, muss eine wirtschaftspolitische Urteilsfähigkeit und (Mit-) Gestaltungskompetenz angebahnt werden.	Etwas: „Vor diesem Hintergrund wird das <b>Bewusstwerden einer grundsätzlichen politischen Gestaltbarkeit der Wirtschaftsordnung</b> gefördert.“
60f.	<b>Inhaltsfeld 2</b> „[...] Dabei werden grundlegende politische Handlungsoptionen sowie die Sicherung und Weiterentwicklung der verfassungsrechtlichen Ordnung betrachtet.“	Es geht in diesem Inhaltsfeld (s. Titel) um die Weiterentwicklung der gesamten Demokratie, nicht nur um Verfassungsordnung. Der Entwurf deutet eine altertümliche staatsbürgerkundliche Sichtweise von politischer Bildung an, die nicht überzeugend auf eine Befähigung zu politischer Partizipation orientiert ist (s. auch Deckung zu Kompetenzerwartungen). Der bisherige KLP nimmt dies in geeigneter Weise auf (KLP RS 2011, S. 14).	„ <b>Das Inhaltsfeld ist darauf ausgerichtet, für die Schülerinnen und Schüler Strukturen und Prozesse demokratischer Systeme erfahrbar und gestaltbar zu machen. Hierzu gehört es, ausgehend von der eigenen politischen Erfahrungswelt, die Prinzipien und Grundlagen des demokratischen Systems transparent zu machen. Im Sinne des Denkens in Alternativen ermöglicht das Inhaltsfeld, auch die Interessen und Motive des Andersdenkenden und -handelnden einzubeziehen.</b> “
62	<b>Inhaltsfeld 6</b> „Ziel ist es, zu einem Grundverständnis betrieblicher Prozesse und Strukturen und <b>einer Reflexion verantwortungsbewussten Handelns</b> von Unternehmen, Gewerkschaften und Arbeitsgeberverbänden zu gelangen.“	Problem Fehlkonzept: Hier wird ein konfliktarmes Miteinander der Akteur*innen postuliert, das so in keiner Marktwirtschaft gegeben ist. Der Verantwortungsbegriff ist unscharf.	„Ziel ist es, zu einem Grundverständnis betrieblicher Prozesse und Strukturen und dem jeweils <b>interessengeleiteten Handeln</b> von Unternehmen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zu gelangen.“
62	<b>Inhaltsfeld 7</b> „Daraus ergeben sich Fragestellungen hinsichtlich der <b>Finanzierung und Ausgestaltung</b> des Sozialstaats, auch vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Sozialstruktur.“	Fachliche Klarheit: Die Finanzierung ist eine Funktion der politischen Entscheidungen über die Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems nicht umgekehrt.	„Daraus ergeben sich Fragestellungen hinsichtlich der <b>Ausgestaltung und Finanzierung</b> des Sozialstaats...“
62	<b>Inhaltsfeld 8</b> „werden Möglichkeiten <b>eröffnet</b> , eigenes Handeln – auch jenseits der gesetzlichen Vorgaben – begründet zu gestalten.“	Fachliche/Begriffliche Klarheit	„werden Möglichkeiten <b>reflektiert</b> , eigenes Handeln – auch jenseits der gesetzlichen Vorgaben – begründet zu gestalten.“

	ten.“		
62	<b>Inhaltsfeld 9</b> „Ziel ist ein Grundverständnis von Strukturen und Prozessen politischer Entscheidungen auf europäischer Ebene sowie der Chancen und Herausforderungen eines <b>gemeinsamen Binnenmarktes und der Währungsunion</b> und deren Bedeutung sowohl für das Alltagsleben als auch für das soziale, ökonomische und politische Leben in Deutschland.“	Fachliche Verengung: Die Reichweite der Politikgestaltung in der EU geht inzwischen weit über die hier benannten wirtschaftlichen Bereiche Binnenmarkt und WWU hinaus (s. z.B. Migrationspolitik, Handelspolitik, Umweltpolitik, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) und sollten i.S. eines besseren Verstehens der aktuellen EU und einer Schülerorientierung nicht auf diese begrenzt werden, auch i.S. einer Kongruenz mit der Bezeichnung des Inhaltsfeldes.	„Chancen und Herausforderungen einer <b>gemeinsamen europäischen Politikgestaltung</b> und deren Bedeutung sowohl für das Alltagsleben als auch für das soziale, ökonomische und politische Leben in Deutschland.“
62	<b>Inhaltsfeld 10</b> „werden dabei auch <b>Akteure</b> und ihre Interessen im Globalisierungsprozess betrachtet.“	Formulierungsproblem: Welche Akteure sind hier gemeint?	Spezifizieren: politische Akteure, andere ökonomische Akteure ...
63	<b>Inhaltsfeld 11</b> „Dieses Inhaltsfeld thematisiert auf der Basis der <b>UN-Menschenrechtscharta</b> die grundlegenden Herausforderungen und Ziele nationaler und internationaler Friedens- und Sicherheitspolitik.“	Unklarheit, fachlicher Mangel: Soll hier tatsächlich die Charta der Menschenrechte von 1948 als Grundlage genommen werden, oder liegt evtl. eine Verwechslung mit der Charta der VN aus dem Jahr 1945 vor?	Nach Klärung ersetzen: „Dieses Inhaltsfeld thematisiert auf der Basis der <b>UN-Charta</b> die grundlegenden Herausforderungen und Ziele nationaler und internationaler Friedens- und Sicherheitspolitik.“
63	<b>Inhaltsfeld 11</b> „ihre internationale Eingebundenheit in UNO und NATO“	Fachliche Verengung: Es kann davon ausgegangen werden, dass der EU/Europäischem Bilateralismus zukünftig eine noch größere sicherheitspolitische Rolle zukommt, daher muss es ergänzt werden.	„ihre internationale Eingebundenheit in UNO, EU und NATO“
63	„Darüber hinaus werden Ursachen und <b>Auswirkungen von Migrationsprozessen sowie deren Herausforderungen und Chancen behandelt.</b> “	Fachliche Verengung: Bekanntlich werden Migrationsprozesse auch durch den Klimawandel verursacht, dieser spielt bislang in der globalen Politikregimen eine wichtigere Rolle als Migration und ist daher lernwirksamer für das Verstehen internationaler/globaler Politikgestaltung.	„Darüber hinaus werden <b>Ursachen und Auswirkungen von Klimawandel und Migration sowie deren politische Gestaltbarkeit</b> behandelt.“
66	<b>Inhaltsfeld 1</b> Inhaltliche Schwerpunkte	Schließt nicht schlüssig an die Definition des Inhaltsfeldes an (S. 60). Schüler*innen werden ausschließlich als Verbraucher*innen adressiert.	Ökonomisch geprägte Lebenssituationen müssen vielfältiger elaboriert werden. Hier werden nur Geld, Verkauf und Konsum adressiert.
79	<b>Inhaltsfeld 9</b> „... Beurteilung der Bedeutung der Entwicklung einer europäischen <b>Identität als Legitimationsbasis des Einigungsprozesses.</b> “	Fachlicher Mangel: Eine gemeinsame Identität ist nicht vonnöten, um eine politische Union zu legitimieren.	„... Beurteilung der Bedeutung der Entwicklung einer <b>gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit</b> als Legitimationsbasis des <b>politischen</b> Einigungsprozesses.“



80	<b>Inhaltsfeld 11</b> „ihre internationale <b>Eingebundenheit in UNO und NATO</b> “	Fachliche Verengung: Es kann davon ausgegangen werden, dass der EU/Europäischem Bilateralismus zukünftig eine noch größere sicherheitspolitische Rolle zukommt, daher muss es ergänzt werden.	„ihre internationale Eingebundenheit in UNO, <b>EU</b> und NATO“
80	<b>Inhaltsfeld 11</b> „beurteilen den Stellenwert der <b>UN-Menschenrechtscharta</b> “	Wiederholung: Prüfen, ob nicht UN-Charta gemeint ist, da hier Politikfeld Sicherheitspolitik .	Ändern in „ <b>UN-Charta</b> “